

# DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg

SPD

## » KOMMUNALES

Der ÖPNV ist ein Dauerthema

## » PARTEILEBEN

Volles Haus beim Sonntagsfrühstück mit Thorsten Brehm



Liebe Leserinnen  
und Leser,



die Meistersingerhalle war bis auf den letzten Platz gefüllt. Und wer meinte die SPD schon abschreiben zu können, wurde an diesem Abend eines Besseren belehrt. Die Partei lebt!

Die Kandidatinnen und Kandidaten um den SPD-Parteivorsitz stellten sich nach einer engagierten Vorstellung den Fragen des Publikums - kompetent, kurzweilig und schlagfertig. Und dabei wurden natürlich auch die unterschiedlichen Profile und programmatischen Eckpunkte deutlich. So muss es sein.

Dieser Abend und der einmalige Beteiligungsprozess haben viele motiviert und wieder Lust aufs Mitmachen gemacht. Ich bin optimistisch, dass das Tal der Tränen jetzt durchschritten ist und es mit der Sozialdemokratie wieder bergauf geht.

Euer

*T. Brehm*

Thorsten Brehm

## SPD STIMMT ÜBER IHRE PARTEISPITZE AB

**MITGLIEDER KÖNNEN VOM 14. BIS 25. OKTOBER IHRE STIMME ABGEBEN**

7 Teams, 1 Tour und 23 Vorstellungsrunden – noch bis zum 12. Oktober touren die Kandidatinnen und Kandidaten zum Parteivorsitz durch ganz Deutschland. Ein Erfolgskonzept, das auch in Nürnberg großen Anklang fand. Die Meistersingerhalle war bis zum letzten Platz besetzt, zahlreiche weitere Interessierte verfolgten die Vorstellungen über eine Live-Übertragung im Foyer.

Wer soll es nun werden? Darüber entscheiden die SPD-Mitglieder schließlich zwischen dem 14. und 25. Oktober. Fest steht: die SPD bekommt eine Doppelspitze. Der einzige Einzelkandidat in der Runde - Karl-Heinz Brunner – hat seine Kandidatur mittlerweile zurückgezogen. Es bleiben sieben Teams. Wofür sie sich einsetzen, erklären sie auf Seite 2: >>

## SASKIA ESKEN & NORBERT WALTER-BORJANS

Softwareentwicklerin / Bundestagsabgeordnete (58) – Volkswirt / ehemaliger NRW-Finanzminister / Autor (67)

„In Umfragen geben über 30 Prozent der Befragten an, dass sie sozialdemokratischen Werten nahestehen. Wir schaffen es aber nicht mehr, die Hälfte davon bei Wahlen für unsere Partei zu begeistern. Uns ist die Glaubwürdigkeit abhandengekommen, dass die SPD es mit der Sozialdemokratie ernst meint. Diese Glaubwürdigkeit wollen wir wiederherstellen. Lasst uns dafür auch die Verteilungsfrage nicht weiter umschiffen. Lasst uns wieder Partei der Bürger\*innenrechte werden und mit einem neuen Sozialstaatskonzept die Schere zwischen Arm und Reich wieder schließen.“

## PETRA KÖPPING & BORIS PISTORIUS

Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration (61) – Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport (59)

„Wir wollen das Leben für alle Menschen besser machen. Frauen und Männer müssen gleiche Chancen haben. Wir wollen, dass Steuern wieder gerecht werden und Armut fallen im Alter – gerade für Frauen – verhindert werden. Wir wollen ausreichend bezahlbaren Wohnraum, vor allem in den Städten.“

Deutschland soll das familienfreundlichste Land Europas werden. Wir wollen eine starke Demokratie, starke Sozialsysteme und eine gesunde soziale Marktwirtschaft. Und wir wollen eine starke Klima- und Umweltpolitik, die mit sozialer Gerechtigkeit in Einklang steht.“

## GESINE SCHWAN & RALF STEGNER

Professorin im Ruhestand, Vorsitzende der Grundwertekommission, leitet aktuell die HUMBOLDT VIADRINA Governance-Platform, eine NGO zur Stärkung der Demokratie (76) – Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag Schleswig-Holstein, stv. Parteivorsitzender (59)

„Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln, um die kapitalistische Wirtschaft in der globalisierten, digitalisierten Welt zu zähmen. Wir wollen Gerechtigkeit beim sozialökologischen Umbau, soziale und individuelle Sicherheit, einen handlungsfähigen Staat und Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand sowie gleiche Chancen für kreative Bildung, die allen hilft, gute Arbeit zu finden, sich in der Welt zu orientieren und ihren kulturellen Reichtum zu genießen. Wir bauen auf globale, nicht nur nationale Solidarität.“

Dafür wollen wir die SPD wieder stark machen.“

## HILDE MATTHEIS & DIERK HIRSCHSEL

Bundestagsabgeordnete (64) – Verdi-Chefökonom (48)

„Wir wollen die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller. Für eine radikal sozial-ökologische Zukunft. Dafür brauchen wir mehr Investitionen und Personal im Gesundheitswesen, in der Pflege, im Bildungswesen, beim Wohnungsbau, bei Digitalisierung, bei Energie und Verkehr.“

Wir wollen eine sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik mit mehr Steuergerechtigkeit und ohne schwarze Null und Schuldenbremsen. Wir wollen, dass Menschen sich nicht ohnmächtig fühlen gegenüber Staat und Kapital, wir wollen eine offene, solidarische Gesellschaft.“

## KLARA GEYWITZ & OLAF SCHOLZ

Politologin, Mitglied des Landtags Brandenburg (43) – Rechtsanwalt, Bundesminister der Finanzen (61)

„Als Team wollen wir die SPD wieder zu einer starken linken Volkspartei machen, die stolz ist auf sich selbst. Das ist eine Voraussetzung, um wieder mehr Vertrauen von den Bürgerinnen und Bürgern zu erhalten. Denn die SPD wird gebraucht, um unsere zunehmend gesplante Gesellschaft zusammenzuführen.“

Gemeinsam wollen wir daran arbeiten, dass die SPD klar und erkennbar für den sozialen Fortschritt steht und eine politische Mehrheit in Deutschland möglich ist – ohne die Union. Wir stehen für Erneuerung und Erfahrung.“

## NINA SCHEER & KARL LAUTERBACH

Bundestagsabgeordnete (47) – Bundestagsabgeordneter (56)

„Klimaschutz und eine zu beschleunigende Energiewende sind für uns die Grundlage für die Zukunft unseres Sozialstaates. Die Bürgerversicherung, gerechte Bildung und der Schutz unserer Natur haben Vorrang. Das Ende von der Abhängigkeit unserer Wirtschaft von fossilen Ressourcen darf nicht verzögert werden. Für Investitionen in Bildung und Infrastruktur sowie zur Erreichung der Klimaziele muss die Schuldenbremse gelockert werden. Wir empfehlen den Ausstieg aus der GroKo, sonst sind diese Ziele nicht zu schaffen.“

## CHRISTINA KAMPMANN & MICHAEL ROTH

Landtagsabgeordnete (39) – Staatsminister für Europa (49)

„Mit Herz und Haltung wollen wir gemeinsam den Aufbruch wagen. Wir wollen Anstand leben und solidarisch miteinander umgehen. Wir wollen zusammenhalten – in unserer wunderbaren Partei, in Deutschland, in Europa. Wir wollen Courage zeigen gegenüber Nationalismus und Populismus, für Demokratie und Freiheit. Wir wollen eine Gesellschaft, in der starke Schultern mehr tragen als schwächere.“

Die SPD soll wieder die Heimat der Mutmacherinnen und Weltverbesserer werden. Wir wollen die SPD wieder zu einer linken progressiven Volkspartei machen. Dafür treten wir an!“

von CARSTEN TRÄGER  
und CORNELIA SPACHTHOLZ

Die SPD Mittelfranken trauert um ihre frühere Europaabgeordnete und AsF-Bezirksvorsitzende Lissy Gröner. Viele von uns haben mit dem Tod von Lissy eine lebenswerte Freundin verloren, die immer aufrecht und authentisch für unsere Grundwerte und unser Selbstverständnis eingetreten ist und uns für persönlichen Austausch und Rat zur Seite stand. Sie verstarb viel zu früh im Alter von nur 65 Jahren in der Nacht vom 8. auf den 9. September nach langem Kampf mit ihrer schweren, heimtückischen Krankheit.

Lissy Gröner gehörte 48 Jahre der SPD an. Am 31. Mai 1954 in Langenfeld geboren, trat sie dort 1971 in die SPD ein und engagierte sich mit den Jusos in der neuen Friedensbewegung und für den „Aufbruch in eine neue, gerechtere Welt“. Lissy Gröner brachte sich zunächst als Ortsvereinsvorsitzende, dann als Kreisvorsitzende, im Unterbezirk und Bezirk sowie im Landesvorstand und schließlich auch im Bundesvorstand für die Ziele der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF) ein. Sie war mittelfränkische AsF-Bezirksvorsitzende von 1999 bis 2004. In den AsF-Bundesvorstand wurde sie erstmals 1994 auf der Bundeskonferenz in Nürnberg gewählt und gehörte ihm bis zum Jahr 2010 an. Daneben vertrat sie die SPD viele Jahre als Vizepräsidentin im Vorstand der Sozialistischen Fraueninternationale und engagierte sich in der Entwicklungszusammenarbeit, immer auch mit einem besonderen Blick auf die Frauen.

Lissy Gröner hat den Mittelfränkischen Frauenförderplan entwickelt und ihn mit der damaligen Bezirksvorsitzenden Christa Naß erfolgreich für die SPD Mittelfranken etabliert, später auch für ganz Bayern. Zusammen mit der ihr nachfolgenden Vorsitzenden der AsF Mittelfranken Amely Weiß, mit Horst Schmidtbauer und mit Karl Lauterbach hat sie unter anderem erreicht, dass Brustkrebs zu den 5 Main Diseases Deutschlands gezählt wurde und daraufhin das Screening für Frauen ab 50 eingerichtet wurde.

Von 1989 bis 2009 war Lissy Gröner für die SPD Mitglied des Europäischen Parlaments und vertrat ihre Heimat Mittelfranken in Brüssel. Zwei Jahrzehnte engagierte sich besonders im Frauenrechtsausschuss, war Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung sowie stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss. Mit großer Leidenschaft setzte sie sich unter anderem für das Daphne-Programm der EU ein, das Frauen und Kinder vor Gewalt schützen soll. Sie war Mitglied der Paritätischen Parlamentari-



**DIE SPD MITTELFRANKEN  
TRAUERT UM LISSY GRÖNER**

schen Versammlung zwischen den Staaten Afrikas, des Karibischen Raumes und des Pazifischen Ozeans und der Europäischen Union (AKP-EU), Vizepräsidentin der Interfraktionellen Gruppe „Gay and Lesbian Rights“, Koordinatorin für die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit sowie Frauenpolitische Sprecherin der SPE-Fraktion und Vizepräsidentin der „Children's Alliance“. Sie gehörte der Interfraktionellen Gruppe Tibet sowie der Interfraktionellen Gruppe Reproduktive Gesundheit, war Stellvertreterin im Haushaltsausschuss und Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten.

Lissy Gröner war Politikerin mit Leib und Seele. Sie war immer wieder Impulsgeberin für die SPD und insbesondere für die SPD Frauen und verkörperte mit ihrem Leben ein Stück

Emanzipationsgeschichte. Ihr Einsatz für Gleichberechtigung und gegen Gewalt haben unzählige Menschen in der SPD und darüber hinaus inspiriert. Ihrem Kernsatz „Kinderrecht ist Menschenrecht“ hat sie weit über Mittelfranken und Europa hinaus Geltung verschafft. Sie setzte sich für die Rechte von Homosexuellen auf europäischer und internationaler Ebene ein, kämpfte gegen Gewalt gegen Frauen, gab Frauen überall auf der Welt eine Stimme. Sie verkörperte internationale Solidarität.

Die mittelfränkische SPD hat Lissy Gröner viel zu verdanken. Unser tiefes Mitgefühl gilt ihrer ganzen Familie. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren und verabschieden uns in Hochachtung und voller Dankbarkeit. Wir werden ihren Kampf um Frauenrechte und Gleichstellung in ihrem Sinne fortführen.

# DER ÖPNV IST EIN DAUERTHEMA:

VON VIELEN GELIEBT, GESCHÄTZT, GEBRAUCHT  
- TROTZDEM WIRD OFT DARÜBER  
DISKUTIERT UND KRITISIERT!

von CHRISTIAN VOGEL

Gehen wir vernünftig und fair mit unserem ÖPNV um? Diese Frage stelle ich einfach mal zur sachlichen Diskussion in den Raum.

„Geiz ist geil“, so hat uns über Jahre ein Elektro-Riese von Schnäppchenpreisen als Selbstverständlichkeit zu überzeugen versucht. Was sei besser, als die billigsten Preise? Dabei stellt sich mir die Frage, wer kauft denn tatsächlich nur billig zum Beispiel einen Röhren-Fernseher, weil er billiger ist, oder einen kleinen Flachbildschirm ohne FullHD? Ist spottbilliges Hackfleisch wirklich besser, als teureres?

Billig ist nicht automatisch gleichzusetzen mit gut, sinnvoll und nachhaltig. Die beste Ware kann nie die billigste sein und umgekehrt. Das billigste Zugticket nie das komfortabelste. Genauso beim schwedischen Möbelhaus: Es ist billig und das ist auch OK, aber der Service muss sich auf das absolute Minimum beschränken.

So ist es letztlich auch beim ÖPNV: Für die Stadt und damit die Fahrgäste kommt ein Bus, der nur in der Kernstadt fährt und die Randstadteile links liegen lässt, billig. Oder eine U-Bahn, die nur alle 20 Minuten fährt. Zählt denn wirklich nur der Preis? Sind Leistungsfähigkeit, Modernität, Angebot und Verfügbarkeit nicht mindestens genauso wichtige Kriterien oder sogar wichtiger?

Meine feste Überzeugung ist: Natürlich ist der Preis im ÖPNV wichtig, das Leistungsspektrum ist mir aber noch wichtiger. Damit er gerne genutzt wird, weil er pünktlich ist und die Fahrzeuge gepflegt sind, damit auch in den entlegenen Stadtteilen nachts noch ein Bus fährt und Konzertbesucher sicher nach Hause bringt.

Und tatsächlich: Der Fahrpreis ist nachweislich bei allen Befragungen nicht das ausschlaggebende Argument für den Umstieg auf den ÖPNV. Sondern eben gute Verbindungen, attraktive Taktzeiten, moderne Fahrzeuge und ein guter Service. Das ist die Grundbedingung, damit der ÖPNV gerne genutzt wird.



Klar ist: Wenn man einen bestimmten Standard festlegt, dann muss man diesen bezahlen. Wie bei einem neuen Handy. Eine große Bildschirmdiagonale, genug Speicherplatz, gute Kamera kosten einen bestimmten Preis. Und dann stellt sich die Frage: Wie wird es finanziert?

So auch bei uns: Ein guter ÖPNV mit modernen Fahrzeugen und Infrastruktur sowie mit ausreichenden Kapazitäten und qualifiziertem Personal muss entsprechend gegenfinanziert werden.

Entweder werden die Fahrpreise an das Angebotsniveau angepasst, oder das Geld kommt „irgendwoanders“ her. In Deutschland leisten die Ticketerlöse einen wichtigen

Beitrag für das gesamte ÖPNV-System. In manchen Kommunen, so auch in Nürnberg, wird derzeit intensiv darüber nachgedacht, wie der Nahverkehr möglicherweise mit preiswerten Tickets noch attraktiver gemacht werden kann. Denn es ist klar: Ein Spitzenklasse Handy ist sehr gefragt. Das selbe Handy zu subventioniertem, günstigen Preis, ist eine noch tollere Sache. Doch wodurch kann das Handy, der Fahrpreis verbilligt werden?

Brechen jetzt die Erlöse durch billigere Fahrpreise ein, muss das durch andere Einnahmequellen aufgefangen werden – entweder durch den Steuerzahler oder durch zusätzliche Abgaben, die zweckgebunden direkt in den ÖPNV fließen. Hier zeigt uns Wien, die

Stadt, die immer sehr gerne als Vorreiter im ÖPNV erwähnt wird, wie das geht – mittels zum Beispiel einer Nahverkehrsabgabe sowie mit deutlich erhöhten Parkgebühren. So hat es in Wien 20 Jahre gedauert, das 365 Euro Ticket einzuführen. Rund 400 Millionen Euro jährlich lässt sich das Land und die Stadt Wien ihren ÖPNV kosten. (Nachrichtlich sei erwähnt: wir dürfen durch gesetzliche Vorgaben in Bayern aktuell weder zum Beispiel eine Nahverkehrsabgabe einführen, noch dürfen wir die Parkplatzgebühren erhöhen und die Erträge dann in den ÖPNV stecken.)

Das heißt: Wer die Ticketpreise subventionieren will, muss sich darüber im Klaren sein, dass ein ÖPNV für einen Euro am Tag oder vielleicht sogar zum Nulltarif dauerhafte und hohe Finanzierungszusagen von Seiten von Bund und Land erforderlich macht.

Bevor billigere Tickets an erster Stelle der „Liste“ stehen und angeboten werden, müssen also Bund sowie die Länder und natürlich auch wir Städte und Gemeinden die Rahmenbedingungen für einen beschleunigten Ausbau und ein schnelles Wachstum des umweltfreundlichen Nahverkehrs schaffen. Hier darf es dabei nicht immer nur um die eigene Suppe im Teller gehen, auch wenn einem diese naturgemäß besser schmeckt. Es geht nur, wenn alle bereit sind auch über den Tellerrand zu blicken.

Einen der wichtigsten Hebel hat dabei der Gesetzgeber in der Hand. Die Mittel aus dem

Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) sollen ab 2020 stufenweise auf eine Milliarde Euro pro Jahr erhöht werden. Das ist ein wichtiger Schritt aber nicht ausreichend. Ankündigungen für eine Verbesserung des ÖPNV gibt es genug, es müssen Taten folgen und demnach Geld fließen. Ein Abwälzen auf die Städte und Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe ist weder der Sache dienlich noch zielführend. Zudem muss das GVFG auch für Maßnahmen zur Grunderneuerung und Modernisierung geöffnet werden. Damit das Geld im kommenden Jahr überhaupt fließen kann, steht die GVFG-Novelle bis Ende dieses Jahres an.

Außerdem können die Länder die Beschaffung neuer, zusätzlicher Fahrzeuge über entsprechende Förderprogramme beschleunigen und unterstützen. Letztlich muss nach meiner Überzeugung aber auch endlich von dem überholten „alles oder nichts“-System in der ÖPNV-Förderung bei neuen Strecken abgewichen werden.

Wenn eine neue Strecke bei der Bewertung mit 0,98 unter die wichtige Grenze von 1,0 des Bewertungssystems (Kosten-Nutzenrechnung) fällt, ist die Strecke durchgefallen. Die Kommune bekommt nichts. Eine Strecke, die 1,01 in der Bewertung erzielt, erhält die volle Förderung. Der schnelle Tod einer wichtigen Streckenverbindung hängt ggf. am seidenen Faden und an Rahmenbedingungen, die sich binnen weniger Jahre ändern können. Hier müssen neue Wege z.B. durch

ein Stufenmodell beim Fördergeber gefunden werden.

Ein erfolgreicher und leistungsfähiger ÖPNV ist eine Daueraufgabe und geht nur gemeinsam. Gemeinsam schließt dabei die Nutzer ausdrücklich ein. Um nicht falsch verstanden zu werden, ich bin perspektivisch nicht gegen billigere Tickets, ich sage aber die Priorität auf dem Weg dorthin sollte eine andere sein.

Eine letzte Anmerkung zu teuren oder billigen Preisen: Die E-Scooter erfahren aktuell eine große Beliebtheit in weiten Teilen der Bürgerschaft. Das ist eine Sache für sich, das muss jeder für sich entscheiden. Aber wenn ich jetzt den Vergleich aufmache, verwundert es mich schon etwas: 10 Minuten fahren mit dem Roller am Morgen = 2,50 Euro. Abends zurück, nochmals den gleichen Betrag sind 5,-- Euro am Tag. Nehmen wir 20 Arbeitstage an = 100,-- Euro im Monat. Das wird anstandslos akzeptiert und keiner beschwert sich. Wenn ich aber 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr, wann immer ich will und so lange ich will den ÖPNV ohne Einschränkungen nutzen kann und das umweltfreundlich in modernen Fahrzeugen, die nicht nur 14 Monate halten, sondern weit über 14 Jahre und das für etwas über 60, -- Euro im Monat, so etwas wird kritisiert.

**Deshalb meine Frage: Gehen wir wirklich fair mit unserem ÖPNV um?**

## 125 Jahre SPD Eibach-Röthenbach-Maiach

### Festempfang zum Jubiläum

Samstag, den 12.10.2019 ab 17.00 Uhr

in der Aula des Berufsbildungswerks, Pommernstraße 25, 90451 Nürnberg

u.a. mit:

- > Dr. Ulrich Maly (Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg)
- > Thorsten Brehm (Vorsitzender und Oberbürgermeisterkandidat der SPD Nürnberg)
- > Matthias Ursinus (Vorsitzender der SPD Eibach-Röthenbach-Maiach)
- > Dr. Dieter Rossmessl (ehem. Kulturreferent Erlangen)



## EINE FRAGE VON WÜRDE UND GERECHTIGKEIT

von LISA HERBEI

Wir wollen eine Grundrente einführen. Menschen, die ein Leben lang für wenig Lohn gearbeitet haben, sollen wenigstens im Alter ein Leben in Würde führen können.

Im ersten Schritt sollen alle Menschen, die mindestens 35 Jahre lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, Anspruch auf Grundrente haben. Das ist eine Frage der Anerkennung und Gerechtigkeit. Es wird die Lebensleistung von Menschen gewürdigt und gleichzeitig Altersarmut bekämpft. Wer lange gearbeitet hat soll im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen sein!

Jeder, der die Bedingungen erfüllt soll mindestens 961€ Rente im Monat erhalten. Wir wollen das Rentenprinzip erhalten und Bürokratie vermeiden. Kein/e Rentner\*in soll zukünftig nachweisen müssen, dass er weniger als 5.000 € Vermögen hat, um eine Rente zu erhalten. Das Rentensystem kennt keine Bedürftigkeitsprüfung. Das ist auch gut so. Wer die Bedürftigkeitsprüfung für die Grundrente will, wird über kurz oder lang über eine Bedürftigkeitsprüfung für alle Renten diskutieren. Es geht um die Würde im Alter. Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben sollen nicht als Bittsteller auftreten



müssen und ihre Finanzlage vor einem Amt erklären müssen. Wer sich von seinem kärglichen Lohn etwas angespart hat, soll im Alter nicht dafür bestraft werden.

Besonders von der Grundrente profitieren Frauen: Altersarmut ist weiblich. Frauen arbeiten für niedrigere Löhne und haben häufiger Zeiten der Kindererziehung oder der Angehörigenpflege. Eine Friseurin, die 40 Jahre lang für den Mindestlohn (West) gearbeitet hat, bekommt monatlich statt 513 € künftig 961 € Rente. Ein alleinerziehender Pflegehelfer, der in Teilzeit gearbeitet hat

und zwei Kinder hat, kommt auf 1.000 € - statt wie bisher auf 860 €. Daneben profitieren alle Rentner\*innen von der Grundrente, da der Gesetzesentwurf vorsieht, sie vom Beitrag zur Krankenversicherung zu entlasten.

Die Grundrente ist Ausdruck einer solidarischen Gesellschaft, einer Gesellschaft, die Arbeit und Familienzeit anerkennt und die Würde des Menschen wahrt. Sie ist verdient und gerecht.

**Mehr Informationen unter:**  
<https://www.spd.de/aktuelles/grundrente/>

## WEITGEHENDE ABSCHAFFUNG DES SOLIDARITÄTSZUSCHLAGS

MEHR NETTOEINKOMMEN AB JANUAR 2021

von MARTIN BURKERT, MdB

Im Koalitionsvertrag vereinbart, ab Januar 2021 ist es so weit: Während der parlamentarischen Sommerpause hat das Kabinett den Gesetzentwurf unseres Bundesfinanzministers Olaf Scholz zur weitgehenden Abschaffung des Solidaritätszuschlags beschlossen. Davon profitieren insbesondere Familien und Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Insgesamt steigen die Nettoeinkommen durch das geplante Gesetz um rund 10,9 Milliarden Euro. Auch für mittelständische Selbstständige und Gewerbetreibende wirkt sich die Abschaffung positiv aus. Für Spitzenverdienende, also für Steuerzahlende, deren zu versteuerndes Jahreseinkommen über 96.409 Euro (Alleinstehende) bzw. 192.818 Euro (Verheiratete) liegt, gilt der Solidaritätszuschlag weiterhin in seiner bisherigen Höhe.

Da mit dem Wegfall des Solis das verfügbare Nettoeinkommen für viele Steuerzahlerinnen und Steuerzahler steigt, steigt auch die Kaufkraft. Dies kommt wiederum der Binnenkonjunktur und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zugute.

Konkret entfällt der Solidaritätszuschlag ab dem 1. Januar 2021 für 90 Prozent derer, die ihn aktuell auf ihre Lohn- oder Einkommenssteuer zahlen. Weitere rund 6,5 Prozent der Steuerzahlenden fallen in die sogenannte Milderungszone. Ihr Einkommen liegt also nur knapp oberhalb der dann gültigen Freigrenze von 16.956 bzw. 33.912 Euro (Lohn- bzw. Einkommenssteuer bei Einzel- bzw. Doppelveranlagung). Für Einkommen innerhalb dieser Milderungszone bemisst sich der zu zahlende reduzierte Solidaritätszuschlag stufenweise, nur Spitzenverdienende zahlen weiterhin den bisher gültigen Satz von 5,5 Prozent. Insgesamt werden also 96,5 Prozent der Steuerzahlenden in Deutschland finanziell bessergestellt.

Ginge es nach der FDP, sollte der Soli bis 2020 vollständig für abgeschafft werden. Das sehen wir anders. Der Bund hat weiterhin eine Vielzahl an finanziellen Lasten zu tragen, die noch aus der deutschen Wiedervereinigung resultieren. Die Beibehaltung des Solidaritätszuschlags für Spitzenverdienende folgt also dem Grundsatz, dass starke Schultern mehr tragen sollen als schwache.



Eine weitere Maßnahme aus dem Koalitionsvertrag wird umgesetzt: Ab 2021 wird der Solidaritätszuschlag weitgehend abgeschafft.

Mit der weitgehenden Abschaffung des Solidaritätszuschlags machen wir die Steuer- und Abgabepolitik sozial gerechter, finanziell solider und wachstumsfreundlicher. Dafür haben wir bereits weitere Maßnahmen umgesetzt – unter anderem deutlich verbesserte Familienleistungen. Das Kindergeld stieg zum 1. Juli 2019 um 10 Euro pro Monat. Der Kinderfreibetrag wurde entsprechend angehoben, 2019 und 2020 um jeweils 192 Euro. Eine weitere Kindergelderhöhung um 15 Euro pro Monat und eine zusätzliche Erhöhung des Kinderfreibetrags sind für 2021 geplant.

Wir haben auch geringere Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung durchgesetzt sowie einen höheren Grundfreibetrag bei der Einkommenssteuer. 2019 wurde dieser um 168 Euro angehoben und wird 2020 weiter auf 240 Euro pro Jahr steigen. Damit wird sichergestellt, dass das Existenzminimum, also das, was man zum Leben braucht, steuerfrei bleibt.

Fasst man alle Maßnahmen zur Steuersenkung zusammen, so wird das Volumen in seiner vollen Jahreswirkung deutlich über die 25 Milliarden Euro-Marke hinausgehen. Wir haben also die umfangreichsten Steuersenkungen seit mehr als zehn Jahren erreicht.

Steuerreformen müssen dazu dienen, die soziale Schere zwischen Arm und Reich in unserem Land zu schließen, nicht zu vergrößern. Das ist jedenfalls der Maßstab, den wir als SPD anlegen. Die jetzt auf den Weg gebrachte Abschaffung des Soli vor allem für kleinere und mittlere Einkommen ist ein Schritt in die richtige Richtung. Als SPD können wir uns weitere Maßnahmen vorstellen, um zu mehr Steuergerechtigkeit zu kommen. Steuergeschenke für Reiche, wie sie die Union im Sinn hat, sind dagegen weder sozial gerecht noch ökonomisch sinnvoll. Sie führen nur zu Mindereinnahmen des Staates, die dann beim Klimaschutz oder für die Bildung fehlen.



## KOMMISSION ÜBT KRITIK AM POLIZEIAUFGABENGESETZ –

VERFASSUNGSKLAGEN LAUFEN NOCH

Foto: R. Löster

von STEFAN SCHUSTER, MdL

*Eineinhalb Jahre ist es her: Der Protest war gewaltig, als die CSU ihre Pläne für ein neues Polizeiaufgabengesetz (PAG) vorlegte. Die Polizei sollte neue Befugnisse erhalten, die teilweise weit über ihren eigentlichen Tätigkeitsbereich hinausgehen. Alleine in Nürnberg gab es mehrere Demonstrationen, mit 5.000 Teilnehmern und mehr. Die CSU beschloss davon ungerührt das Gesetz und ging darüber hinaus auch noch die friedlichen Demonstranten verbal an. Während die Verfassungsklagen gegen das PAG noch laufen, setzte die Regierung auf Druck der Opposition eine Kommission ein, die die Anwendung der neuen Regelungen abnicken sollte. Diese Kommission hat jetzt ihren Bericht vorgelegt und gibt den Kritikern in den meisten Punkten Recht. Aus unserer Sicht hätte der Kommission aber etwas mehr Mut gut getan, um noch konsequenter Änderungen am PAG einzufordern.*

In meinen 17 Jahren im Parlament habe ich noch kein Gesetzesvorhaben erlebt, das so viele Menschen auf die Straße getrieben hat. Die Menschen in Bayern hatten die berechtigte Sorge, dass durch das neue PAG Grundrechte eingeschränkt werden und, dass Leute ohne Verdacht auf Straftaten überwacht

oder eingesperrt werden können. Auch ich war dabei bei den Demonstrationen in Nürnberg und habe den Protest von der Straße ins Parlament getragen. Es hat aber nichts geholfen: Die CSU hat die Warnungen ignoriert, hat alle Bedenken in den Wind geschlagen und hat das PAG beschlossen.

Erst jetzt im Nachhinein wird von den Verfassungsgerichten geprüft, ob das Gesetz so überhaupt rechtens ist. Ob das Gesetz überhaupt in der Praxis funktioniert, hat eine von der Staatsregierung eingesetzte Kommission überprüft. Auf 120 Seiten beschreibt die Kommission, wie die neuen Regelungen umgesetzt werden - ihr Urteil ist ein herber Schlag für die CSU. Die Kommission zeigt detailliert auf, dass viele der neuen Befugnisse für die Polizei so nicht bestehen bleiben können oder vor der Anwendung von einem Richter abgesegnet werden müssten. Zum Beispiel wird die erweiterte DNA-Analyse komplett in Frage gestellt. Sollte sie Teil des PAG bleiben, rät die Kommission dazu, sie nur nach richterlicher Anordnung einzusetzen. Der Begriff der „drohenden Gefahr“ soll schärfer gegenüber konkreten Gefahren abgegrenzt werden und sich zukünftig auf überragend wichtige Rechtsgüter beschränken. Die SPD setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass dieser Begriff komplett aus dem

Gesetz verschwindet. Wir halten es für nicht angebracht, dass Leute weggesperrt werden können, ohne eine Straftat begangen zu haben oder konkret zu planen. Mit diesem von uns stark kritisierten Präventivgewahrsam hat sich auch die Kommission beschäftigt. Er soll deutlich zeitlich beschränkt werden und jedem Inhaftierten soll anwaltlicher Beistand zur Seite gestellt werden. Damit greift die PAG-Kommission zwei zentrale Punkte unserer Kritik auf, die hoffentlich auch von der Staatsregierung endlich zur Kenntnis genommen werden.

Die Vielzahl an Kritikpunkten der PAG-Kommission ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass die Kommission nur einzelne ausgewählte Passagen des neuen Gesetzes unter die Lupe genommen hat. Im November will Innenminister Herrmann als Konsequenz auf den Bericht Änderungsvorschläge am Polizeiaufgabengesetz vorlegen. Es zeigt sich jetzt schon, dass die CSU auch weiterhin nicht bereit ist, die Kritik am PAG ernst zu nehmen und entsprechend nachzubessern. Die SPD nimmt die Ergebnisse der Kommission dagegen ernst. Wir sehen uns in unserer Kritik bestätigt und werden uns im Landtag auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Bürgerrechte gewahrt werden. Deshalb halten wir auch unsere Klagen vor den Verfassungsgerichten in München und Karlsruhe aufrecht. Die juristische Klärung wird noch etwas Zeit in Anspruch nehmen. Aber schon jetzt zeigt sich, dass die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger auf der Straße von vornherein berechtigt waren.

### Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Michael Arnold

Redaktion: Thorsten Brehm, Tim Koss, Andreas Mittelmeier, Nicole Scharrer

Redaktionsanschrift:  
der springende punkt  
Karl-Bröger-Str. 9  
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare

Nürnberg

SPD

von KERSTIN GARDILL

Volles Haus und beste Stimmung beim politischen Sonntagsfrühstück mit unserem Oberbürgermeisterkandidaten. Thorsten Brehm, der das erfolgreiche Format unserer langjährigen Landtagsabgeordneten Angelika Weikert in diesem Jahr weiterführt, stand der Moderatorin und dem Publikum zwei Stunden lang Rede und Antwort.

Die Bandbreite der Themen war dementsprechend groß: Ganz oben auf der Liste standen Themenbereiche, die Brehm schon lange am Herzen liegen: Verkehr und Umwelt. Neben dem Linien-Ausbau und einer Taktverdichtung will Brehm ein Monatsticket für umgerechnet einen Euro am Tag einführen. „Dazu brauchen wir als Stadt aber endlich eine entsprechende Förderung des Freistaats. Grundsätzlich wünsche ich mir ein kostenloses Ticket für alle Schülerinnen und Schüler, mindestens bis zur 10. Klasse“, unterstreicht der OB-Kandidat.

Nur so können wir die entsprechenden Anreize dafür setzen, dass die Menschen vom Auto auf die wesentlich umweltfreundlicheren öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen, so Brehm weiter. Beim Thema Frankenschnellweg wirbt er für den Kompromiss, der mit dem Bund Naturschutz ausgehandelt wurde: „Es geht uns nicht darum, dass noch mehr Autos beziehungsweise Schwerverkehr bequemer in die Stadt kommen – im Gegenteil. Es geht uns darum, dass die jetzigen Zustände unhaltbar sind. Deswegen unterstütze ich die Geschwindigkeit dort auf 60 km/h zu beschränken und ein Durchfahrtsverbot für den LKW-Transitverkehr zu erlassen.“

Beim Thema Umwelt hat Brehm eine klare Position: Neben der gerade schon erwähnten Stärkung des Öffentlichen Nahverkehrs sollen mehr Grünflächen und mehr Bäume im Stadtgebiet geschaffen werden, so wie mehr Photovoltaik auf Nürnbergs Dächern und mehr begrünte Fassaden.

Besonders wichtig ist ihm, dass alle Menschen in Nürnberg die gleichen Aufstiegschancen haben. Deswegen will er als Oberbürgermeister kräftig in Nürnbergs Schulen investieren und mehr Jugendsozialarbeiter\*innen an Schulen installieren. Wichtig ist ihm auch der weitere Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder.

Auf die Fragen aus dem Publikum, für welche Themen er persönlich noch brenne, antwortete der 35-jährige, dass er als Oberbürgermeister städtische Unternehmen keinesfalls an private Investoren verkaufen werde: „Unsere Kliniken, der ÖPNV, die Wasserversorgung und unsere Wohnungen

## VOLLES HAUS BEIM SONNTAGSFRÜHSTÜCK MIT THORSTEN BREHM



werden so wie jetzt in städtischer Hand bleiben.“ Darüber hinaus werde er sich wie schon während seiner Tätigkeit als Nürnberger Stadtrat und stellvertretender Fraktionsvorsitzender dafür einsetzen, das Ehrenamt zu stärken und sich aktiv darum bemühen, Altersarmut und die oft damit einhergehende Einsamkeit zu verhindern.

Ganz oben auf der Agenda stehe für ihn außerdem der konsequente Kampf gegen Rechts. Gerade wir hier in Nürnberg haben eine ganz besondere Verantwortung. Als Stadt des Friedens und der Menschenrechte werden wir, wie spätestens seit den Initiativen unter Oberbürgermeister Peter Schönlein,

die aktive Erinnerungskultur und Bildungsarbeit in diesem Bereich ausbauen.

„Weil wir alle Nürnberg sind“ - das ist Brehms Motto für seine Kandidatur. Er will Politik für alle Nürnbergerinnen und Nürnberger machen, Bewährtes fortsetzen und gemeinsam mit der Nürnberger Bevölkerung Neues beginnen. „Wenn ich Oberbürgermeister von Nürnberg werde, werde ich mir erst einmal ein kühles Bier aufmachen. Aber am nächsten Tag geht's dann richtig an die Arbeit!“, sagte Brehm am Ende der Veranstaltung. Der langanhaltende Applaus gab ihm Recht: Brehm2020 – Nürnbergs neuer Oberbürgermeister!



# ROTE GALERIE



von MICHAEL ZIEGLER

Der erste Schritt ist geschafft. Der Schriftzug ist endlich aufgemalt, die Stühle sind gekauft, Künstlerin Christa Lösel hat in roten Farben ihre Ausstellung fertig gestellt, der Külschrank wurde geliefert, ebenso der Wein, 200 Gäste sind da und das Wetter ist perfekt.

Es ging also an die Eröffnung der ROTEN GALERIE. Ein neuer Ort von SPD und Karl-Bröger-Gesellschaft, der so viel mehr sein will, als nur eine Galerie. Feierlich enthüllten Christa Lösel, Thorsten Brehm, Chef-Koordinator Heijo Schlein und Michael Ziegler den Schriftzug an einem der vier Schaufenster. Dazu

spielte das junge und bezaubernde Duo „sunday morning orchestra“ ihre Songs an der sonnendurchflutenden Kreuzung zwischen Koberger- und Pilotystraße. Und es gab jede Menge Gäste, 200 wurden gezählt, die bis tief in die Nacht in Gespräche vertieft waren. Mittendrin Thorsten Brehm, der den entscheidenden Impuls zur Übernahme der Galerie gab. Natürlich hatte er einige Kästen des leckeren Brehmium-Bieres mitgebracht.

SPD und Brögers sehen sich als Erben eines erfolgreich geführten Kunstortes, der Galerie Pia Rubner. Quasi komplett mit Einrichtung, Kaffeeautomat, Tischen, Dekomaterialien, Staubsauger und Werkbank konnten die Räume

übernommen werden. Und wir wollen im Sinne der verstorbenen Pia Rubner weitermachen.

Unser Koordinator vor Ort, Heijo Schlein, hat schon jede Menge Ideen und Formate. Es soll Lesungen ebenso geben wie Konzerte. Am 1. November um 19 Uhr wird Herbert Mundschau sein Buch vorstellen und Ernst Schultz die Musik machen. Gerd Grashauser (Geraldino) liest am 22. November aus seinem Buch „Der Grabsänger“. Miller the Killer spielt dazu. Stadträtin Claudia Arabackyj hat das Projekt „AnsprechBAR“ ins Leben gerufen. Mittwochs stehen StadträtInnen, KandidatInnen, MandatsträgerInnen und ehemalige MandatsträgerInnen zur Verfügung, um Bürgersprechstunden abzuhalten. Wir sind da, wir sind sichtbar da und öffnen unsere Ladentüren. Fleißig planen wir Termine zu den Themen Kulturhauptstadt und Menschenrechte.

Auch ein Mitmach-Ort der Möglichkeiten soll unsere Galerie sein. Das Glasersche „Bürgerrecht auf Kultur“ gelingt nur gemeinsam. Gemeinsam mit den Nachbarn und Initiativen, aber auch gemeinsam mit euch allen in der sozialdemokratischen Familie. Wir brauchen noch jede Menge Helferinnen und Helfer für jede Menge Kleinigkeiten. Meldet euch bei uns!

Unsere erste Künstlerin, die nun ausstellt, ist Christa Lösel. Ihre Arbeiten sind alle in rot. Und ihr Motto lautet: Liberty needs a new dress. Schneiderin, Provokateurin und Kunstfigur: all das ist Christa Lösel, die sich in ihrer Rolle auch Wilhelmine nennt. Ein Künstlergespräch wird mit ihr am Freitag, 4. Oktober, 19 Uhr in der Galerie stattfinden.

Informiert euch auf der neuen Homepage [www.rote-galerie.de](http://www.rote-galerie.de) oder unter [www.facebook.com/rote.galerie](https://www.facebook.com/rote.galerie). Wir haben viel vor!

## Einladung zur AWO-Talkreihe 2019 „Wert-voll in die Zukunft“

Mittwoch, 6. November 2019 um 18:00 Uhr im Mehrgenerationenhaus (MGH) AWOthek, Karl-Bröger-Straße 9  
Auch die Schwächsten wollen gehört werden! Welche Rahmenbedingungen braucht menschliche Pflege?

Es diskutieren:

**Dr. Peter Pluschke, Referent für Umwelt und Gesundheit der Stadt Nürnberg**  
**Hermann Imhof, MdL a.D., ehem. Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung**  
**Ina Schönwetter-Cramer, Heimleiterin der AWO im Käte-Reichert-Seniorenheim**  
**Jutta Tiefel, Heimleiterin der AWO im Hans-Schneider-Haus**

1919 wurde die AWO von Marie Juchacz als Selbsthilfeorganisation der Arbeiterschaft gegründet. Werte wie Teilhabe und solidarisches Handeln gehörten von Anfang an zum Grundverständnis der neuen Organisation. Auch heute versteht sich die AWO nicht nur als sozialer Dienstleister, sondern steht bewusst für Werte ein. Wir verfolgen als AWO auch ein sozialpoliti-

sches Mandat und setzen uns gegen Missstände und Stigmatisierung und für Toleranz, Partizipation und Hilfsbereitschaft ein.

Anlässlich des 100sten Geburtstags der AWO auf Bundesebene wollen wir in 2019 im Rahmen einer Talkreihe zu den Werten hinter unserer sozialen Arbeit ins Gespräch kommen.



Kreisverband  
Nürnberg e. V.

[www.awo-nuernberg.de](http://www.awo-nuernberg.de)

## DIE QUAL DER WAHL...ODER?



von OGUZ AKMAN

In Bayern haben wir Genossinnen und Genossen Erfahrungen mit Urwahlen und Regionalkonferenzen sammeln dürfen, war es doch das Prozedere rund um den Landesvorsitz der BayernSPD, das uns zeigte, dass Urwahlen und Regionalkonferenzen etwas Gutes sein können.

Meine Begeisterung hielt sich allerdings nach der Ankündigung des Prozederes um den Parteivorsitzes ehrlicherweise in Grenzen. Vielleicht war ich aufgrund der Regionalkonferenz 2017, die ich im KBZ live erleben durfte, nicht begeistert, wo von sechs Bewerber\*innen nur drei davon ernst zu nehmen waren. Ein Kandidat behauptete, er wisse (im Bezug auf die Jusos), wie man mit schwierigen Kindern und Jugendlichen umzugehen hat, weil er als Jugendpfleger Erfahrungen mit solchen Kindern und Jugendlichen sammeln durfte. Ein anderer ließ sich von einem CSUler zu seiner Kandidatur überreden – ja, wenn der Kollege der CSU einen schon ermutigt, wieso eigentlich nicht?

Ja, vielleicht waren es diese Negativbeispiele von der Regionalkonferenz 2017, die mir die Lust auf eine Regionalkonferenz mit den Kandidat\*innen für den Bundesvorsitz genommen hatten.

Nichtsdestotrotz habe ich mich gefreut, dass auch eine Regionalkonferenz in Nürnberg angekündigt wurde und ich so auch die Chance erhalten würde, einen eigenen Eindruck von den Kandidat\*innen zu machen.

**Anwesenheit first, Sicherheitsvorkehrungen second!**

Die kleine Meistersingerhalle war schon ca. 45 Minuten vor Beginn der Konferenz vollkommen überfüllt, womit anscheinend die wenigsten gerechnet hatten. Die Bitte, die Seitenwege des kleinen Saals der Meistersingerhalle für den Notfall zu leeren, wurden gekonnt ignoriert; Genoss\*innen können sehr stur sein!

Die Konferenz war sehr gut organisiert und strukturiert. Kein Kandidierenduo wurde bevorzugt oder konnte länger als der Rest sprechen. Die Regionalkonferenz, die ca. 2 Stunden dauerte, hatte vier Phasen. In der ersten Phase konnten sich alle Kandidierendenduos dem Publikum vorstellen. In der zweiten Phase saßen jeweils vier Teams gleichzeitig auf der Bühne und mussten durch die Moderation gestellte Fragen beantworten und hatten in einer zweiten Runde die Möglichkeit, den Redebeitrag anderer Kandidat\*innen zu ergänzen bzw. zu kommentieren. In der dritten Phase durften Genossinnen und Genossen aus

dem Publikum Fragen stellen. Es wurde allerdings darauf geachtet, dass Duos, die zwei Fragen erhielten, für Publikumsfragen nicht mehr verfügbar waren, solange bis alle Duos Publikumsfragen beantwortet hatten. In der letzten Phase des Abends durften alle Kandidierenden ihre Abschlussstatements abgeben.

**Und die Gewinner\*in ist...?**

Die Gewinnerin des Abends ist definitiv die SPD gewesen. Ich ging mit einer geringen Erwartungshaltung zur Regionalkonferenz und kam zu meiner eigenen Überraschung energiegeladener und begeistert aus der Meistersingerhalle raus.

Es hat gut getan, Kandidierende zu hören, die ein „weiter so“-Politikstil der bisherigen SPD-Spitzen ablehnen. Es hat gut getan zu hören, dass die meisten Kandidat\*innenduos die blödsinnige, schwarze Null ablehnen und mehr in Bildung, Pflege, ÖPNV, Klimaschutz und die Kommunen der Bundesrepublik investieren wollen. Es hat gut getan, mit so vielen Menschen so eine derart positive Stimmung erleben zu dürfen. Die SPD schafft es also immer noch, Genossinnen und Genossen zu begeistern und mir wurde an dem Abend wieder einmal klar, dass ich in die richtige Partei eingetreten bin.



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



## ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / OKTOBER 2019

01.10.2019 – 19:30 Uhr

**SPD Ziegelstein: Ortsvereinsitzung**  
Gaststätte TUSPO, Herrnhüttestraße 75

01.10.2019 – 18:30 Uhr

**Diskussionsveranstaltung:**  
**Arm in einem reichen Land?**

**Mit: Thorsten Brehm (OB-Kandidat der SPD für Nürnberg) Verena Bentele (Präsidentin des VdK Deutschland), Bernd Reuther (Pfarrer der Vesperkirche Nürnberg)**

Gustav-Adolf-Gedächtniskirche,  
Allersbergerstraße 116, 90461 Nürnberg

01.10.2019 – 19:30 Uhr

**OV Langwasser:**

**Konzept des neuen Gemeinschaftshauses**  
BRK Seniorenheim

02.10.2019 – 19:30 Uhr

**SPD Laufamholz: Mitgliedertreffen**

Restaurant Hammerschmiede,  
Laufamholzstraße 300

07.10.2019 – 19:30 Uhr

**Rote Runde Hasenbuck**

Gasthof Süd, Ingolstädter Straße 51,  
90461 Nürnberg

08.10.2019 – 17:00 bis 19:00 Uhr

**Mieterbüro der SPD Nürnberg:**

**Sprechstunde**

Karl-Bröger-Zentrum  
Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

08.10.2019 – 19:00 Uhr

**SPD Buchenbühl: Aktivensitzung**

ASV Buchenbühl, Wildenfelsweg 9,  
90411 Nürnberg

08.10.2019 – 19:30 Uhr

**SPD Ortsverein Gostenhof: Sitzung**

Kleiner Saal, Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Straße 6,  
90429 Nürnberg

08.10.2019 – 19:30 Uhr

**SPD Nordostbahnhof: Ortsvereinstreffen**

SIGENA - Plauenerstr. 7, 90491 Nürnberg

08.10.2019 – 19:30 Uhr

**SPD Nordbahnhof-Vogelherd:**

**Ortsvereinstreffen**

Gaststätte Wäi Daham, Pilotystraße 44,  
90408 Nürnberg

08.10.2019 – 19:30 Uhr

**SPD Röthenbach-Eibach-Maiach:**

**Ortsvereinsitzung**

Kulturladen Röthenbach, Röthenbacher  
Hauptstraße 74, 90449 Nürnberg

08.10.2019 – 19:30 Uhr

**SPD Fischbach: Mitgliederversammlung**

Gaststätte TSV Altenfurt-UG,  
Wohlauer Straße 16 - N-Altenfurt

09.10.2019 – 18:30 Uhr

**SPD Südwest: politischer Stammtisch**

SG Nürnberg/Fürth Regelsbacher Str. 56,  
90431 Nürnberg

09.10.2019 – 19:00 Uhr

**AG Migration und Vielfalt: Sitzung**

Käte-Strobel-Saal, Karl-Bröger-Zentrum,  
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg

09.10.2019 – 19:20 Uhr

**SPD Gibitzenhof-Steinbühl: OV-Treffen**

Raum Riepekohl im Karl-Bröger-Zentrum,  
Karl-Bröger-Straße 9, Eingang Celtisstraße

12.10.2019 – 16:30 Uhr

**SPD Röthenbach-Eibach-Maiach:**

**Festveranstaltung „125-Jahr-Feier OV Eibach/Röthenbach/Maiach“**

**Mit Dr. Ulrich Maly und Thorsten Brehm**

Berufsbildungswerk Mittelfranken,  
Pommernstraße 25, 90451 Nürnberg

16.10.2019 – 19:30 Uhr

**SPD Hummelstein: Aktiventreff**

Wirtshaus Galvani, Galvanistr. 10,  
90459 Nürnberg

16.10.2019 – 19:30 Uhr

**AK Frieden und Abrüstung: Arbeitssitzung**

Käte-Strobel-Sitzungszimmer, Karl-Bröger-Zentrum, Karl-Bröger-Straße 9,  
90459 Nürnberg

19.10.2019 – 10:00 Uhr

**SPD Hummelstein: mobiles Bürgerbüro**  
**Interessierte sind herzlich eingeladen!**

Ort: Neulichtenhof

19.10.2019 – 11:00 bis 13:00 Uhr

**SPD Nordostbahnhof: Infostand**

MERCADO - Äußere Bayreutherstr. 80,  
90491 Nürnberg

21.10.2019 – 19:00 Uhr

**SPD Lichtenhof:**

**Öffentliche Mitgliederversammlung**

Gemeindezentrum der Evang.-Luth.  
Kirchengemeinde Nürnberg-Lichtenhof  
(1. Stock, Plenarsaal)

22.10.2019 – 14:00 Uhr

**AG 60+: Aktivensitzung**

Wilhelm-Riepekohl-Raum im  
Karl-Bröger-Zentrum  
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg

22.10.2019 – 17:00 bis 19:00 Uhr

**Mieterbüro der SPD Nürnberg:**

**Sprechstunde**

SPD-Mieterbüro vor Ort,  
Koberger Str. 59, 90408 Nürnberg

22.10.2019 – 19:00 Uhr

**SPD Gartenstadt: Aktivensitzung**

Gaststätte Gesellschaftshaus Gartenstadt,  
Buchenschlag 1, 90469 Nürnberg

24.10.2019 – 17:00 Uhr

**Offene AfA Sitzung**

Karl-Bröger-Zentrum, Raum „Käte Strobel“,  
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg

28.10.2019 – 19:00 Uhr

**AsF-Sitzung**

Südstadtforum, Seminarraum 4,  
Siebenkeesstraße 4, Nürnberg

30.10.2019 – 19:00 Uhr

**AK Umwelt: Sitzung**

Käte-Strobel-Saal, Karl-Bröger-Zentrum,  
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg